



Stadt Rheinbach
Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen
Herrn Vorsitzenden Dr. Georg Wilmers
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

Rheinbach, den 28. Februar 2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktion der SPD beantragt, in die Tagesordnung der Sitzung des Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen am 15. März 2022 den Punkt aufzunehmen:

Öffentlich geförderter Wohnraum bei größeren Neubauvorhaben

Beschlussvorschlag:

Bei allen Neubauvorhaben in Rheinbach mit mind. 10 Wohneinheiten, die von einer ungebundenen Entscheidung des Rates abhängig sind, soll die Entscheidung davon abhängig gemacht, dass in einem städtebaulichen Vertrag ein Anteil von öffentlich gefördertem Wohnraum festgeschrieben wird.

Der Bürgermeister wird gebeten, dem Rat einen Vorschlag für einen Ratsbeschluss zu unterbreiten, mit dem diese Verfahrensweise generell festgelegt wird und etwaige Kosten der Stadt Rheinbach hierfür aufgezeigt werden.

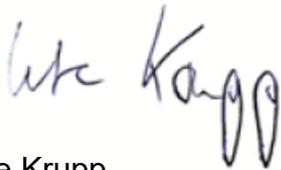
Begründung:

In Rheinbach besteht ein erheblicher Mangel an preiswertem Wohnraum. Junge Familien ziehen sogar aus Rheinbach weg, weil sie keinen bezahlbaren Wohnraum in Rheinbach für ihre Familie finden. Im Handlungskonzept Wohnen Rheinbach 2030 ist der erheblicher Bedarf an preiswertem Wohnraum konkret dargelegt.

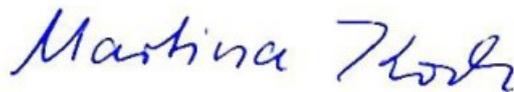
Größere Neubauvorhaben können und sollen zur Deckung dieses Bedarfes in Rheinbach beitragen. Wenn zur Realisierung eines Neubauvorhabens für mindestens 10 Wohneinheiten ein vorheriger Bebauungsplanbeschluss oder eine andere ungebundene Entscheidung des Rates erforderlich ist, sollte diese Entscheidung davon abhängig gemacht werden, ob das Neubauvorhaben zur Deckung des Bedarfs an preiswertem Wohnraum in Rheinbach beiträgt.

Bund und Land stellen derzeit Finanzmittel zur Realisierung preiswerten Wohnraums in erheblichem Umfang zur Verfügung, an der Finanzierung scheitert es daher nicht.

Mit freundlichen Grüßen



Ute Krupp
Ratsfrau



Martina Koch
Fraktionsvorsitzende